



SPD-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im Rat
der Stadt Wuppertal

Logo

Ratsgruppe BSW



Fraktion DIE LINKE im
Rat der Stadt Wuppertal

Herr Arif Izgi und Frau Oberbürgermeisterin
Miriam Scherff

Gemeinsamer Antrag

Datum 22.04.2026

Drucks. Nr. VO/0520/26
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
30.04.2026	Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration
06.05.2026	Haupt- und Personalausschuss
11.05.2026	Rat der Stadt Wuppertal

Bundesinnenminister gefährdet unsere Integrationsarbeit!
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen

Sehr geehrter Herr Izgi, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

Die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/ Die Grünen, SPD und Ratsgruppe BSW beantragen, der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration, der Hauptausschuss und der Rat der Stadt Wuppertal mögen folgende Resolution beschließen:

1. Der Rat der Stadt Wuppertal fordert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf, die Beschränkung des Zugangs zu Integrationskursen auf Menschen mit sogenannter positiver Bleibeperspektive unmittelbar aufzuheben und die Integrationskurse wieder allen zugänglich zu machen.
Zudem fordert der Rat eine auskömmliche Finanzierung der sprachlichen und beruflichen Integration neu Zugewanderter, damit die Integrationsarbeit in den Kommunen nachhaltig gesichert werden kann. (vgl. Deutscher Städtetag 2024). Der Rat fordert das BAMF zudem auf, Übergangsregelungen für bereits geplante

Kursstarttermine zu schaffen, um kurzfristige Kursausfälle bei der Bergischen Volkshochschule zu vermeiden.

Die in der Resolution der Integrationsbeauftragten der Bundesländer vom 11.03.26 genannten Maßnahmen sollen kurzfristig umgesetzt werden (vgl. Niewiedzial u. a. 2026). So soll der Zugang zur freiwilligen Teilnahme an Integrationskursen gesichert werden und die Wiederholungsmodule sollen wieder eingeführt werden. Das volle Spektrum der Berufssprachkurse sollen wieder bereitgestellt werden und das bewährte, international anerkannte System der Sprachförderung soll erhalten bleiben.

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, im Namen des Rates ein Schreiben an den Bundesinnenminister sowie die Wuppertaler Bundestagsabgeordneten zu richten, in dem die konkreten Auswirkungen auf die Stadt Wuppertal und die Bergische Volkshochschule dargelegt und die sofortige Rücknahme des Zulassungsstopps gefordert wird.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, beginnend mit der übernächsten Sitzung und danach halbjährig über folgende Aspekte zu berichten:
 - Entwicklung der Teilnehmendenzahlen und Kurskapazitäten bei der Bergischen Volkshochschule,
 - Entstehende Finanzierungslücken sowie den Stand etwaiger Alternativfinanzierung
 - Stand etwaiger Korrekturen auf Bundesebene sowie Entwicklung der Wartezeiten für Pflichtkursteilnehmende.
4. Außerdem wird die Stadt Wuppertal beauftragt, sich auch in den Gremien des Städtetags für die Thematik stark zu machen, sodass der Städtetag als Ganzes entsprechend lobbyiert.

Unterschrift

Diana Ertel, Die Linke

Liliane Pollmann, Bündnis 90/ Die Grünen

Ben Thunecke, SPD

Susanne Herhaus und Jürgen Möller,
BSW

Begründung

Sprachförderung ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Der aktuelle Zulassungsstopp erschwert Zugewanderten den Zugang zu Sprache, Bildung und Beschäftigung erheblich. Bereits der Deutsche Städtetag hat 2024 eine verlässliche Finanzierung von Integrationskursen gefordert, da Kommunen die steigende Nachfrage seit Jahren nur mit großen Anstrengungen bewältigen können.

Der aktuelle Zulassungsstopp verschärft diese Situation erheblich. Neben menschlichen Folgen, etwa Verständigungsproblemen zwischen Eltern und Schulen oder erschwerter Arbeitsmarktintegration, geraten auch kommunale Bildungsträger wie die Bergische Volkshochschule unter Druck. Da freiwillige Teilnehmende wegfallen, können Mindestkursgrößen teilweise nicht mehr erreicht werden. Kursausfälle, längere Wartezeiten für verpflichtende Kurse sowie Kündigungen von Lehrverträgen und der Verlust von Lehrkräften könnten die Folge sein.

Nach Angaben der Bundesregierung (Drucksache 21/4680, 09.03.2026) sind bundesweit rund 130.000 Menschen vom Zulassungsstopp betroffen, darunter Asylbewerber*innen, Geduldete, Schutzsuchende aus der Ukraine sowie EU-Bürger*innen.

Der Rat der Stadt Wuppertal möchte daher ein klares Signal für Integration und gegen den Zulassungsstopp setzen.